

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 44. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. November 2011, 10 Uhr
in Brunsbüttel, Elbehafen, Verwaltungsgebäude Brunsbüttel Ports GmbH

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Marion Sellier (SPD)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Christopher Vogt (FDP)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Hartmut Hamerich (CDU)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Besuch bei der Brunsbüttel Ports GmbH	4
2. Aktenvorlagebegehren nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr. das Projekt des PTZ in Kiel	7
3. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung im Verwaltungsgebäude der Brunsbüttel Ports GmbH um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Besuch bei der Brunsbüttel Ports GmbH

GF Schnabel stellt den Ausschussmitgliedern zunächst die Gesellschaft Brunsbüttel Ports vor, die zu 100 % Eigentümerin und Betreiberin der Infra- und Suprastruktur der Häfen Hafen Brunsbüttel, Hafen Ostermoor und Ölhafen Brunsbüttel ist. Die Brunsbüttel Ports GmbH beschäftigt zurzeit etwa 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sei Teil der SCHRAMM Group. Dem schließt sich ein Überblick über den Industriepark Brunsbüttel, die Dienstleistungen der SCHRAMM Group sowie die Darstellung der Offshore-Aktivitäten in Brunsbüttel an. Die Charts der Overhead-Präsentation von Herrn Schnabel sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

GF Schnabel erklärt zum „Zukunftsmarkt Offshore-Windparks“, dass zurzeit 34 Anlagen in der deutschen Nordsee in Betrieb seien. Von rund 6.000 geplanten Anlagen seien bisher etwa 1.750 Anlagen genehmigt. Schleswig-Holstein biete Standorte, die die Nachfrage der Offshore-Industrie nach Kapazitäten für Produktion, Lagerung, Montage, Umschlag und Service befriedigen könnten. Für die Produktion und die Verschiffung von Großkomponenten biete Brunsbüttel ideale Voraussetzungen. Großzügige Freiflächen mit direktem Zugang zum Elbehafen, Wassertiefen für Schiffe mit bis zu 14,80 m Tiefgang und umfangreiche Kompetenz im Offshore-Bereich machten Brunsbüttel zum optimalen Standort für Produktion und Wartung. Vom Elbehafen Brunsbüttel aus ließen sich die Windparks in der deutschen AWZ schnell und zuverlässig auch mit schwersten Komponenten erreichen. Der Industriepark Brunsbüttel in unmittelbarer Nähe des Elbehafens sei das größte zusammenhängende Industriegebiet in Norddeutschland. Hier seien 450 ha Freiflächen verfügbar, die beste Voraussetzungen böten, ausreichende Kapazitäten für die Offshore-Industrie auf dem Markt anbieten zu können.

Allerdings - so fährt GF Schnabel fort - gehe die Entwicklung der Windparks doch nicht so schnell vor sich, wie man es nach dem Unglück in Fukushima erwartet habe. Einen Anstieg bei der Windkraftnutzung prognostiziert Herr Schnabel für die Zeit 2015/2016.

Der Bau der neuen Multi Purpose Pier zwischen Elbehafen und KKW sei als Projekt mit dem Land und der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel (egeb) geplant. Mit der Fertigstellung der Pier werde durch Zuzug weiterer auch international tätiger Unternehmen ein entscheidender Ansiedlungseffekt für die Region ausgelöst werden. Der neue Pier sei mit 30 Millionen € kalkuliert und solle - wie bereits gesagt - als Multi Purpose Pier nicht nur eine Einrichtung für die Offshore-Aktivitäten sein.

Zur Frage der Finanzierung der neuen Pier verweist St'in Dr. Zieschang auf die egeb als Projektträger und deren ursprüngliche Planung, den Baubeginn auf 2013 zu legen. Hierbei sei allerdings der Gedanke einer vorgezogenen Ausschreibung nicht berücksichtigt. Das Land plane als Finanzierungshilfe den Einsatz von GRW-Mitteln, die nicht mehr für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen ausgegeben würden. Die Mittel seien für Investitionen in Hafeninfrastuktur und touristische Infrastruktur vorgesehen - davon für Helgoland 10 Millionen € und für Brunsbüttel 25 Millionen €.

GF Schnabel erklärt, dass die Ausschreibung für den Betrieb der Pier europaweit erfolgen müsse und dass hierfür die Finanzierung seitens des Landes Schleswig-Holstein, der beiden Landkreise und der Stadt Brunsbüttel so schnell wie möglich sicherzustellen sei. Zusätzlich zu den genannten 450 ha Freiflächen verweist er auf 80 ha verfügbare Flächen beim Hafen Ostermoor und auf 60 ha Vattenfall-Fläche, bei der es sich um Landesfläche handle.

GF Schnabel geht sodann auf die Hafenkooperation der Offshore-Häfen Nordsee SH ein und beschreibt im Folgenden die Hafenstandorte der Kooperation und ihre Funktionen. - Abg. Magnussen spricht den Standort Hörnum an, zu dem er immer wieder höre, dass sich Hörnum mehr touristisch ausrichten wolle. - Abg. Dr. Tietze verweist in diesem Zusammenhang auf die Rolle der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die schon in der Vergangenheit bei der Aufgabe von Bundeswehr-Flächen auf Sylt exorbitante Preisvorstellungen entwickelt habe. Für Hörnum sei sicherlich der von der BImA geforderte Kaufpreis entscheidend, er glaube aber schon jetzt nicht, dass Hörnum ein Hafentwicklungsprojekt stemmen können werde. Aber selbstredend gebe es mit dem alten Bundeswehr-Areal Liegenschaften, die einen idealen Standort Hörnums als Reaktionshafen bieten würden, wodurch auch Anforderungen an den Tourismus nicht gestört würden. - Auch St'in Dr. Zieschang betont das Erfordernis einer Entscheidung seitens der Gemeinde Hörnum. Das Wirtschaftsministerium habe auch die Kreisseite gebeten, sich in dieser Frage stärker einzubringen. In jedem Fall müsse man wissen, dass die Windparkbetreiber zu Hörnum eine klare Alternative in Dänemark fänden.

Anschließend nehmen die Ausschussmitglieder im Rahmen einer Busfahrt die in der Diskussion angesprochenen Freiflächen im Gewerbegebiet Brunsbüttel sowie die Infrastruktur und Suprastruktur des Elbehafens Brunsbüttel in Augenschein.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Aktenvorlagebegehren nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung betr.
Das Projekt des PTZ in Kiel**

hierzu: [Umdruck 17/2962](#)

Das Aktenvorlagebegehren findet mit den Stimmen der Abgeordneten Poersch, Schröder, Sellier, Dr. Tietze u. a. das erforderliche Quorum.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

St'in Dr. Zieschang berichtet von dem am Vormittag stattgefundenen Informationsbesuch des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverkehrsministerium, Ferlemann, in Brunsbüttel und erinnert daran, dass dem Bundeshaushaltsgesetzgeber aufgrund technischer Untersuchungen das Erfordernis des Baus einer neuen Schleuse in Brunsbüttel und einer Grundsanierung der maroden großen Kammern bekannt sei. Aktuelle Untersuchungen hätten gezeigt, dass, die sanierungsbedürftige Schleusenanlage mit Ertüchtigungsmaßnahmen im Umfang von 16 Millionen € betriebsbereit gehalten werden könnte, bis der Bau der neuen Schleusenkammer, für den eine Bauzeit von fünf bis sieben Jahren kalkuliert werde, abgeschlossen sei. Am 10. November d.J. werde sich der Haushaltsausschuss des Bundestags mit der sogenannten „Bereinigungsliste“ damit auch mit dem Etat des Bundesverkehrsministeriums befassen. Dabei werde es u. a. um die Frage gehen, ob es eine deutliche Aufstockung des Verkehrsetats mit einer dann klaren Zuordnung dieser Mittel zum Bereich „Wasserstraßen“ geben werde. Dass der NOK für den Fall, dass es mehr Mittel für den Verkehrshaushalt des Bundes geben werde, klare Priorität habe, sei einvernehmliche Meinung aller Küstenländer. Entsprechend habe sich auch das Bundesverkehrsministerium klar positioniert, aber aus heutiger Sicht müsse erst noch die Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers in Berlin abgewartet werden.

Die Ausschussmitglieder befassen sich sodann mit dem Schreiben von Abg. Arp betr. Ausschreibungen des Schienenpersonennahverkehrs in Schleswig-Holstein, [Umdruck 17/3051](#). - Im Ausschuss besteht Einvernehmen, die Ausschreibungsbedingungen im Vorfeld von Ausschreibungen für Bahnstrecken in Schleswig-Holstein im interfraktionell besetzten Verkehrspolitischen Beirat bei der LVS zu erörtern. Es wird angeregt, die LVS zu bitten, den Beirat so schnell wie möglich zu einer Sitzung einzuberufen.

Die für den 10. November 2011 vorgesehene gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss zum Thema „Vergabe Netz Mitte“ wird auf den 25. Januar 2012 - in der Mittagspause des Plenums - verschoben.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 13:30 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer